

i.A.22.14.7.3.-CB/BMO

Bern, den 14. November 1988

Information hebdomadaire 45/88CONFIDENTIEL

bundespraesident v. weizsaecker gab seiner grossen sympathie fuer unser land ausdruck. die zwelfergemeinschaft wird nach seiner ansicht ihre ziele trotz der bekannten schwierigkeiten, z.b. im waehrungs- und steuerbereich erreichen. auch england werde schlussendlich wieder mitziehn. in ihrer europapolitik vergesse die brd nie, dass europa groesser sei als die zwelfergemeinschaft. auch der oestliche bereich des alten kontinents gehoert dazu. die brd plaediere somit entschlossen fuer eine eg der offenen tuer.



Besuch bei Bundeskanzler Kohl

Gleich zu Beginn des ungefähr einstündigen Gesprächs wies Bundeskanzler Kohl (K.) darauf hin, dass die offiziellen Kontakte zwischen der BRD und der Schweiz intensiver sein könnten. Die ihm von Bundesrat Felber überbrachte Einladung, nächstes Jahr in die Schweiz zu kommen, nahm er "mit grosser Freude" an. Der genaue Termin wird zu Beginn des kommenden Jahres festgelegt werden.

K. setzte darauf hin zu einem umfassenden Tour d'horizon der aktuellen politischen Lage an. Er unterstrich, dass die EG keinen Anspruch darauf erheben könne, Europa zu repräsentieren. Die EG sei eine Chance für jene Länder, die mitmachen wollen und können. Es gebe aber wichtige freiheitlich-demokratische Länder Westeuropas wie Schweden, Norwegen, Schweiz und Oesterreich, die dazu (noch) nicht in der Lage seien - von den osteuropäischen Ländern ganz zu schweigen. K. unterstrich die Bedeutung der kulturellen Dimension Europas. In diesem Zusammenhang wies er auf die Zusammenarbeit der drei deutschsprachigen Fernsehstationen ORF / SRG / ZDF (Dreisat) hin und darauf, dass gerade nur noch 10% der Filme in den elektronischen Medien aus Europa stammen. Dies alles sei von grosser Bedeutung angesichts der Tatsache, dass unsere Fernsehsendungen in wenigen Jahren bis weit in die UdSSR hinaus empfangen werden können. Die "Kulturlandschaft Europa" sei nicht Sache der EG. In diesem Sinne sei auch das Problem des vom Europarat - in gewisser Konkurrenz zur EG - ausgearbeiteten Uebereinkommens über das grenzüberschreitende Fernsehen anzugehen. Am besten wäre es, wenn beide Vereinbarungen (Uebereinkommen und Richtlinien) den gleichen Wortlaut hätten - und er habe Anweisungen in diesem Sinne gegeben. Die kulturelle Dimension und die kulturellen Bindungen der europäischen Staaten seien sehr stark und sie dürften nicht durch künstliche Grenzen zwischen EG und Nicht-EG Staaten beeinträchtigt werden. Das gelte auch für den Jugendaustausch und die Freizügigkeit von Studenten. Diesbezüglich sei die Situation heute schlechter als 1910, als es leichter

war als jetzt im Ausland zu studieren oder als Handwerker ein Lehrjahr im Ausland zu absolvieren. Diese Frage könnte einer der Gesprächspunkte anlässlich seines Besuchs in der Schweiz sein. Mehr Offenheit sei gefordert und auch die Ost-West Beziehungen müssten sich in dieser Richtung entwickeln.

Zum wirtschaftlichen übergehend zeigte sich K. überzeugt, dass die für 1992 gesetzten Ziele von der EG erreicht werden können. Es werde noch viel Krach und Streit geben, denn die Probleme seien ungeheuer vielschichtig. Aber niemand könne diese Entwicklung bremsen, selbst Frau Thatcher nicht. K. wies darauf hin, dass das Vereinigte Königreich in der 2. Hälfte 1992 die EG-Präsidentschaft einnehmen werde, dass der Kanaltunnel auf diesen Termin hin fertig gestellt sein sollte und dass dann ungefähr auch die Legislaturperiode des britischen Parlaments auslaufe. Er lies durchblicken, dass diese Konstellation eine an ihrer Wiederwahl interessierte Frau Thatcher dazuführen müsste, 1992 zu einem Erfolg werden zu lassen. Natürlich werde bis dann nicht alles fertigzubringen sein. Schwierigkeiten seien beispielsweise bei der Steuerharmonisierung zu erwarten und auch im monetären Bereich. Er hege keine Zweifel, dass eine unabhängige europäischen Zentralbank kommen müsse. Auch mit Bezug auf die Verkehrspolitik werde es Probleme geben. In diesem Zusammenhang flocht K. die Bemerkung ein, dass er oekologisch der Schweiz näher stünde als manche seiner Partner. Es werden viele Kompromisse gemacht werden müssen. Er selber werde da Probleme haben, sei es mit der Landwirtschaft, sei es mit dem Verkehrsgewerbe. Da spielten auch die unterschiedlichen Staatsauffassungen eine Rolle: "Die Italiener ersinnen die EG-Regeln, die Franzosen formulieren sie und die Deutschen halten sie ein". Das gelte mit Bezug auf den Transitverkehr, das gelte z.B. aber auch beim Lebensmittelrecht. Man müsse auf mittlere Werte hinarbeiten. Das wichtigste sei das grundsätzliche Aneinanderrücken. Wird die EG intern die Grenzbäume abbrechen und gegen aussen eine Festung errichten? Die Antwort von K: "Mit mir nicht". K. verwies in diesem Zusammenhang auf das Einstimmigkeitserfordernis und auf die absolute Notwen-

digkeit, gegen Protektionismus anzukämpfen. Beispiel für die Richtigkeit dieser Haltung: Die Einführung des Katalysators im Jahre 1985 (mit Verspätung gegenüber Japan und USA) gegen die Opposition der deutschen Autoindustrie. Diese habe sich aber angepasst und heute mache BMW mit Katalysatoren ihr bestes Geschäft im Gegensatz beispielsweise zu Peugeot. Der Begriff des "Hauses Europa" gelte auch in diesem Zusammenhang. Es brauche Fenster und Türen und keine Kontrollen. Der neue US Präsident Bush werde die von Reagan verfolgte Handelspolitik weiterführen. Die Japaner müssten noch mehr tun. "Auch wir Deutschen sind Sünder". Zu denken sei an technische Normen. Das Problem sei, dass grosse Firmen die freie Marktwirtschaft in Worten pflegen, sich aber gerne monopolistisch verhalten. Ein Beispiel sei die geplante, notwendige Postreform. "Da finde ich die Postgewerkschaft in enger Umarmung mit der Firma Siemens, welche an einer Deregulierung nicht interessiert ist." Vor 1992 werde es keine EG Erweiterung geben. Nach 1992 werde es zu einer neuen Diskussion kommen. Die Frage sei, ob die dannzumalige EG dem Ziel des Römer Vertrages entspreche. Seine Antwort sei: es handelt sich um eine wichtige Etappe. Er sei für die politische Integration. Nach 1992 werde sich die Frage stellen, wer ist bereit, weiter zu gehen? Wahrscheinlich werden es dann irgendwann auch zu einer Erweiterung kommen im Sinne einer "gehobenen Freihandelszone". Der EG-Kern werde aber in der politischen Integration weitermachen. (Zusatzbemerkung: Vom Mitarbeiter Kohls war im Anschluss an die Sitzung zu erfahren, dass K. erstmals einen solchen Hinweis auf ein Europa "à deux vitesses" gemacht habe).

Er wisse, dass es EG Nachbarn gebe, "die nicht kommen können". Da dränge sich eine pragmatische Lösung auf. Die Schweiz und Oesterreich sollen nicht in eine Sackgasse geraten. Für Wien ist das noch wichtiger als für die Schweiz. Sein Ziel sei es, Grenzen uninteressant zu machen. Vorbild sei die schweizerisch-schwedische Firma ABB mit einem kräftigen Standbein in der BRD (Mannheim). Auf die Dauer unerträglich sei jedoch eine Politik, "wo die einen für den Handel, die anderen für die Verteidigung zu-

ständig sind". Die BRD tue für die Verteidigung am meisten. Hier wurde die Wehrpflicht verlängert und hier sind die meisten Waffen stationiert und werden auch in Zukunft - nach weiteren Abrüstungsschritten - stationiert bleiben. Abrüstung muss zu grösserer, nicht zu geringerer Sicherheit führen. Dazu sind Fortschritte bei den konventionellen Waffen und mit Bezug auf die nuklearen Kurzstreckenwaffen notwendig. Eine dritte Null-Lösung ist abzulehnen. Die UdSSR hat bis jetzt keine Reduktion konventioneller Waffen in die Wege geleitet. Stärke und Qualität ihrer invasionsfähigen Truppen (Panzerkompanie) seien sehr hoch. Zwischen Kiew und der DDR sind 150'000 Mann Luftlandetruppen stationiert. Auch dies seien Ueberlegungen, welche in einem Bezug zur EG stehen. K. schloss seine Ausführungen zur EG mit dem Angebot "sehr direkter Information beim Prozess der jetzt läuft, ohne dies gross zu avisieren". Das beste Vorgehen könne später vereinbart werden.

Dann fügte K. einige Ueberlegungen zu den deutsch-französischen Beziehungen an. Seien diese schlecht, mache man den beiden Staaten Vorwürfe, seien sie exzellent, werde der Vorwurf der Achse laut. Dies sei Unsinn. Die deutsch-französische Zusammenarbeit richte sich gegen niemanden. Aber - so K. - wir sind klüger geworden. Er verwies auf die menschliche Dimension der deutsch-französischen Beziehungen. Jahrhunderte hindurch stand jede Generation beidseits des Rheins im Krieg gegeneinander. Noch in seiner Jugend habe man hüben und drüben von der Erbfeindschaft gesprochen. Sein Vater und Mitterrand seien vor Verdun gelegen. Wir alle sind davon sehr persönlich gekennzeichnet. Da komme einer deutsch-französischen Brigade eine grosse symbolische Kraft zu. K. unterstrich, dass die BRD keine Kernwaffen wolle. Frankreich könne die Bundeswehr ertragen, weil es eine Kernwaffenmacht sei. "Frankreich ist die "grande nation" und wir sind die Deutschen".

K. schloss seine kraftvoll und mit grosser Intensität und Dichte vorgetragenen Ausführungen mit einem weiteren Hinweis auf seine Bereitschaft, uns falls gewünscht, diskret und direkt Hilfe zu leisten.

Besuch Bundesrat Felbers (BRF) in Bonn bei  
Bundesaussenminister Genscher (G) vom 10. und 11. November 1988

BRF hielt sich auf Einladung des deutschen Aussenministers zu einem offiziellen Besuch in Bonn auf. Ausser mit AM Genscher traf er mit Bundespraesident Richard von Weizsaecker, Bundeskanzler Helmut Kohl und Wirtschaftsminister Martin Bangemann zusammen und fuehrte Gespraechе mit SPD-Praesidiumsmitglied Egon Bahr sowie dem Vorsitzenden des Auswaertigen Ausschusses des Bundestags Hans Stercken. Er traf im weiteren ebenfalls den SPD-Vorsitzenden Hans-Jochen Vogel, den FDP Vorsitzenden Otto Graf Lambsdorff sowie SPD-Praesidiumsmitglied Hans-Juergen Wischnewski.

Das Gespraech mit G betraf einerseits Fragen der Europapolitik (die zukuenftige Entwicklung der EG, das Verhaeltnis der EG zu den uebrigen Staaten Westeuropas, die moegliche Ausgestaltung einer Europaeischen UNION sowie die Rolle des Europarats) und andererseits die Entwicklung der West-Ost-Beziehungen.

1. Europa (siehe separater Bericht, Beziehungen "Schweiz - EG")

2. West-Ostbeziehungen

2.1. KSZE

G zeigte viel Verstaendnis fuer unser Anliegen, eine genuegende Verbindung zwischen den Verhandlungen der 23 ueber konventionelle Abruestung und dem Plenum der 35

Mitgliedstaaten der KSZE aufrechtzuerhalten. In Stockholm habe sich gezeigt, dass man besser vorankomme, wenn einzelne Staaten ihre Position im Plenum vertreten, als wenn von Buendnis zu Buendnis verhandelt werde. Auch deutscherseits ist man prinzipiell nicht dagegen, dass eine Phase einer Menschenrechtskonferenz in Moskau durchgefuehrt wird. Gemaess G wuerde die Konferenz in Paris beginnen, in Kopenhagen forgesetzt werden und in Moskau in die Endphase gehen. Er habe den Sowjets erklaert, in Paris und Kopenhagen wuerden die Standards fuer die Konferenz gesetzt, die auch in Moskau gelten muessten. Weiter war man sich darueber einig, dass Moskau im Hinblick auf die Verhandlungen in Moskau einige politische Gesten machen muesste. BRF gab schliesslich seiner Besorgnis Ausdruck, dass die Konferenz ueber die friedliche Streitbeilegung, ein Schweizer Anliegen, und jene ueber den Umweltschutz nicht ins Wiener Schlussdokument Eingang finden koennten. Washington zeige sich sehr zurueckhaltend bezueglich ihrer Bereitschaft Sonderkonferenzen zuzustimmen. G teilte diese Besorgnis und meinte, man muesse vermehrt auf die Amerikaner einwirken und sie zum Mitmachen bewegen. Auch die Bestimmungen ueber die Wanderarbeiter wurden erwaeht, die nun in den Korb 2 Eingang finden sollen.

## 2.2. Entwicklungen in der Sowjetunion und in Osteuropa

G erlaeuterte gegenueber BRF seine Eindruecke ueber die Entwicklungen in der Sowjetunion und in Osteuropa. Ein Erfolg der Bestrebungen, die Sowjetunion im Innern umzugestalten, liege auch im Interesse der westlichen Staaten. Dem Einwand,

das sowjetische System sei nicht reformierbar, begegnet G mit dem Argument, ein Erfolg der Politik Gorbatschows wuerde die Sowjetunion tatsaechlich so veraendern, dass sie nicht mehr dieselbe waere. Eine Eigendynamik habe im uebrigen bereits eingesetzt, so dass auch ohne Gorbatschow nicht mehr an eine Rueckkehr zum status quo zu denken sei. Bemerkenswert sei, wie die sowjetische Fuehrung des oefftern voellig nuechtern zugebe, auf die oder jene Frage noch keine Antwort zu haben. G teilte auch die Auffassung BRFs, die Sowjetunion lasse den Osteuropaeern heute etwas mehr Spielraum. Man sei einerseits in der UdSSR so sehr mit sich beschaeftigt, dass die sowjetische Fuehrung den Satellitenstaaten weniger Aufmerksamkeit widmen koenne und andererseits baue Gorbatschow wohl darauf, dass eine erfolgreiche Entwicklung der Sowjetunion diese auch in Osteuropa attraktiv mache. Allerdings gelte all dies weniger fuer den Sicherheitsbereich, der weiterhin die volle Aufmerksamkeit der Moskauerfuehrung habe.



Beziehungen Schweiz - EG

Gegenueber den Ministern Genscher (G) wie Bangemann (B) legte BRF die wesentlichen Elemente des Berichtes des Bundesrates ueber die Stellung der Schweiz im europaeischen Integrationsprozess dar. Er unterstrich dabei die offene, pragmatische Zusammenarbeitsbereitschaft der Schweiz und erwaehnte die staats- und neutralitaetspolitischen Gruende, aus denen die Schweiz einen EG-Beitritt unter den heutigen Umstaenden nicht ins Auge fasst. BRF bezeichnete die Neutralitaet nicht als unueberwindliches Hindernis einer EG-Mitgliedschaft, wies aber insbesondere auf ihre Bedeutung fuer den Zusammenhalt in der Schweiz hin. Er unterstrich, die Schweiz wolle nicht, dass andere ihre Neutralitaet interpretierten. Es bestehe ein gewisses Risiko, dass die oesterreichische Neutralitaet durch andere mit Auswirkungen auf die Schweiz interpretiert wuerde. G machte in seiner Erwiderung unmissverstaendlich deutlich, dass er zwischen der schweizerischen und oesterreichischen Neutralitaet einen deutlichen Unterschied macht.

G wie B zeigten Verstaendnis fuer die schweizerische Haltung und betonten in ihren Interventionen, dass eine EG-Mitgliedschaft nur eine Mitgliedschaft mit Haut und Haaren, lies mit voller Uebernahme des ''acquis communautaire'' sein kann. G betonte aber gleichzeitig, dass die EG fuer den Beitritt aller europaeischen Demokratien offen sein soll. Es ist ausschliesslich am Beitritts-

interessierten zu entscheiden, ob er beitreten kann. G, nicht ueberraschend, unterstrich die politische Finalitaet der EG und hielt auch weitere Fortschritte in Richtung Wirtschafts- und Waehrungsunion fuer unaufhaltsam. Letztere Auffassung teilte auch B. Deutsche Widerstaende koennten ueberwunden werden, wenn zweierlei sichergestellt sei: die Selbstaeendigkeit einer europaeischen Zentralbank und die Waehrungsstabilitaet als absolute Prioritaet.

G und B sprachen sich aufs entschiedenste fuer eine gegen aussen offene EG aus. Das Gerede ueber die "'Festung EG'" bezeichnete G als reinen Quatsch. Eine sich gegen aussen abschliessende EG waere eine sich selbst aufgebende EG.

BRF benutzte das Gespraech mit B auch dazu, um die schweizerische Verkehrspolitik darzulegen. Den Akzent legte er auf den schweizerischen Willen, die Verantwortung als Transitland wahrzunehmen und zu diesem Zweck einen effizienten Schienenkorridor zur Verfuegung zu stellen. BRF erlaeuterte gleichfalls die Gruende, aus welchen die Schweiz gegen eine Heraufsetzung des Hoechstgewichtes von 28t ist. B, ohne spezifische Begehren zu stellen, gab seiner Hoffnung auf eine baldige praktische Loesung der Transitprobleme Ausdruck. B und BRF waren sich in der Auffassung einig, dass den laufenden GATT-Verhandlungen eine ausserordentlich grosse Bedeutung zukommt.

Notiz über das Gespräch zwischen Herrn Bundesrat Felber  
und Bundeswirtschaftsminister Bangemann

10. November 1988

Das in einer freundschaftlichen Atmosphäre teils auf deutsch, teils auf französisch geführte Gespräch kreiste um drei Themen :

1. die EG-EFTA-Beziehungen
2. die Vollendung des EG-Binnenmarktes
3. die Transitfrage
4. bilaterale Probleme

ad 1)

BRF erläuterte eingangs des Gesprächs die schweizerische Integrationspolitik. Die Schweiz sei an einer pragmatischen Zusammenarbeit mit der EG interessiert. B bekundete Verständnis für die schweizerische Position. Es liege der Bundesrepublik fern, die EFTA-Staaten zu einem Beitritt zu drängen. Jedes EFTA-Land müsse die Opportunität eines Beitritts selber beurteilen. B unterstrich im weiteren Verlauf des Gesprächs die Bedeutung der EG für die Bundesrepublik. Deutscherseits sei man der Auffassung, dass das Endziel der Gemeinschaft nicht nur in einer Wirtschafts- und Währungsunion, sondern in einer politischen Union liegen müsse. Die Bundesrepublik unterstütze die Bestrebungen, der Gemeinschaft eine politische Identität zu verleihen. Ein allfälliges Beitrittsgesuch eines neutralen Staates wäre deshalb für die EG, so B, kein leichtes Problem. Die EG habe ihre eigene Sicherheits- und Verteidigungspolitik noch nicht festgelegt. Zudem stelle sich die Frage, was Neutralität längerfristig in einer Welt bedeute, in der die Ost-West-Gegensätze abgebaut würden. Die schweizerische Neutralität, so erwiderte BRF, bilde für ihn längerfristig kein unüberwindbares Hindernis für einen Beitritt. Vieles hänge von der zukünftigen Entwicklung in der EG ab.

Ein Nicht-Beitritt der Neutralen darf laut B nicht dazu führen, dass Europa ein drittes Mal gespalten werde. Diese Ueberlegung sei hinter dem von ihm in die Wege geleiteten, gemeinsamen EG-EFTA-Binnenmarktministertreffen vom vergangenen Februar gestanden. Für die handelspolitischen Probleme (Normen, Standards) im EG- und EFTA-Verhältnis lassen sich nach Auffassung von B Lösungen finden. B und BRF erklärten sich mit dem "follow up" von Luxemburg zufrieden. Die beiden Gesprächspartner waren sich auch über die Methode der EG-EFTA-Zusammenarbeit einig und befürworteten ein fallweises, pragmatisches Vorgehen. Im Unterschied zum fallweisen Vorgehen erwecke der "global approach", so B, bei gewissen Mitgliedstaaten den Eindruck, die Gemeinschaft verhökere die Vorteile einer Mitgliedschaft zu billigen Preisen. B meinte, es sei jedoch nicht die Absicht der Bundesrepublik, sich in eine Debatte einzumischen, die das interne Selbstverständnis der EFTA betreffe.

Die monetäre Zusammenarbeit im Rahmen der EG ist laut B auf gutem Wege. Seit dem Europäischen Rat in Hannover verfüge die Gemeinschaft über eine vernünftige Methode, um diese Zusammenarbeit weiter auszubauen. Solange die Liberalisierung des Kapitalverkehrs nicht existierte, sei es müssig gewesen, über eine Europäische Zentralbank diskutieren zu wollen. Die Schaffung einer Europäischen Zentralbank sei für die Bundesrepublik unabdingbar an zwei Voraussetzungen geknüpft : die Notenbank müsse unabhängig und der Währungsstabilität verpflichtet sein. Wenn diese zwei Bedingungen erfüllt seien, so erachte er, B, die Schaffung einer Europäischen Zentralbank als wünschenswert. Schliesslich würde auch die deutsche Wirtschaft von stabilen Wechselkursen profitieren.

ad 2)

B schlug, was die Verwirklichung des EG-Binnenmarktes betrifft,

einen sehr optimistischen Ton an. Die Verabschiedung der von der Kommission vorgeschlagenen Direktiven schreite zügig voran. Es gebe wohl einige schwierige Brocken, wie beispielsweise die Steuerharmonisierung. Die Steuersysteme in Grossbritannien und Dänemark seien vom Kommissionsvorschlag derart unterschiedlich, dass die Harmonisierung in diesen Ländern einen enormen Grad an steuerlicher Anpassung erfordere. Nach Auffassung der Bundesrepublik bildet die Harmonisierung der indirekten Steuern keine zwingende Voraussetzung für die Verwirklichung des Binnenmarktes. Hingegen sei eine Harmonisierung der Verbrauchssteuern für den Abbau der Grenzkontrollen unerlässlich. Zu den Aussenbeziehungen der Gemeinschaft bemerkte B, es liege nicht in der Absicht der Bundesrepublik, die Vollendung des Binnenmarktes zur Schaffung einer "Festung Europa" zu missbrauchen. B zeigte sich zuversichtlich, dass die protektionistischen Tendenzen gewisser EG-Partner in Schach gehalten werden können. Das Reziprozitätserfordernis in der 2. Bankenkoordinierungsrichtlinie sei barer Unsinn.

ad 3)

BRF schilderte die schweizerische Haltung in der Transitfrage und warb bei seinem Gesprächspartner für Verständnis für unsere Situation. Die Schweiz beschränke sich nicht darauf, einen Korridor für 40 Tonnen-Lastwagen abzulehnen, sondern suche nach valablen Alternativen. Bis der neue Alpentunnel realisiert sei, brauche es eine Uebergangslösung. Denn die Schweiz wolle keineswegs die EG verkehrsmässig spalten. Verschiedene Varianten für einen Huckepackverkehr befänden sich zur Zeit in Prüfung. B gibt der Hoffnung Ausdruck, dass beim Transit eine Lösung gefunden werde, die den Besonderheiten der betroffenen Ländern Rechnung trage.

ad 4)

Am Schluss des Gesprächs bedauert B die Diskriminierung der Deutschen bei der Erteilung einer Niederlassungsbewilligung. Es sei ihm unverständlich, weshalb die Deutschen anders behandelt würden als Bürger aus anderen EG-Staaten. Um zu verhindern, dass Baden-Württemberg Retorsionsmassnahmen ergreife, brauche Bonn ein Signal, das schweizerische Konzessionsbereitschaft andeutet. BRF erwiderte, freundschaftliche Beziehungen zur EG seien mit solchen Diskriminierungen nicht zu vereinbaren. Trotzdem sei in dieser Frage Geduld nötig. Nach der Abstimmung vom 4. Dezember sei der Bundesrat aber bereit, das Problem an die Hand zu nehmen.

Besuch von Botschafter Pierre-Louis Girard, Delegierter des Bundesrates für Handelsverträge, in Bagdad

Vom 4. bis 7. November 1988 weilte Botschafter P.-L. Girard im Rahmen regelmässiger bilateraler Kontakte zu einem offiziellen Besuch im Irak. Er wurde zu Gesprächen vom Finanz- und vom Handelsminister sowie vom Gouverneur der Zentralbank empfangen. Darüber hinaus fanden Besprechungen statt mit den Staatssekretären der Ministerien für Aeusseres, Transport- und Verkehrswesen, Gesundheit, Landwirtschaft und Bewässerung sowie Planungswesen.

Die irakischen Gesprächspartner orientierten die Schweizer Delegation über die Lage der irakischen Wirtschaft nach acht Jahren Krieg und die Perspektiven für die kommenden Jahre. Im bilateralen Bereich wurden Probleme zur Diskussion gebracht, mit denen Schweizer Firmen in ihrem Geschäft mit dem Irak konfrontiert sind. Im Vordergrund stehen Zahlungsverzögerungen, welche auf die prekären Finanzverhältnisse der irakischen Wirtschaft zurückzuführen sind. Als eines der Ergebnisse des Besuches wurde vereinbart, dass die nächste Sitzung der Gemischten Wirtschaftskommission Schweiz-Irak im März 1989 in Bern tagen wird. Dies wird Gelegenheit geben, die in Bagdad geführten Gespräche zu vertiefen.

In Kontakten zu Schweizer Geschäftsleuten im Irak, insbesondere zu den Ausstellern bei der internationalen Messe, hat es sich gezeigt, dass auf Seiten der Schweizer Exportwirtschaft ein grosses Interesse besteht, am Wiederaufbau der irakischen Wirtschaft mitzuwirken. Die Chancen für einen Abschluss von neuen Geschäften dürften nicht schlecht sein; von Seiten der irakischen Regierungsstellen wurde immer wieder versichert, wie sehr die Qualität der schweizerischen Produkte und Dienstleistungen geschätzt wird.

OCDE: Réunion du CESS

Le Comité exécutif en session spéciale (CESS) de l'OCDE s'est réuni à Paris le 10 novembre 1988. Il s'est donné un nouveau président en la personne de l'Allemand Lorenz Schomerus, actuellement président du Comité des échanges. Cette nomination permettra de maintenir les liens nécessaires entre les travaux de l'OCDE et la préparation des sommets des sept. La contribution de l'OCDE à la préparation des sommets a d'ailleurs été spécifiquement reconnue. Sur le plan de la substance, le CESS s'est principalement penché sur l'Uruguay Round et sur les nouvelles économies industrialisées.

Situation économique: D'une façon générale, la situation se présente de manière considérablement plus favorable que ce que l'on aurait pu imaginer en octobre de l'année dernière ou même il y a six mois. Le CESS reconnaît que tous les pays membres devraient profiter de cette bonne situation économique pour poursuivre et accélérer les réformes structurelles partout où cela se révèle nécessaire selon les pays et selon les secteurs envisagés.

Uruguay Round: A environ trois semaines de la Conférence de Montréal, le CESS, sans bien sûr s'immiscer dans le processus négociatoire, rappelle la nature et l'objectif de la revue à moyen terme de l'Uruguay Round. Depuis le lancement de la déclaration de Punta del Este, des progrès ont été réalisés qui permettent un optimisme prudent. Mais le cycle d'Uruguay constitue le round le plus ambitieux et le plus difficile jusqu'ici, car, dépassant la simple problématique du commerce, il est en fait un cycle voué au changement structurel. Toutes les délégations admettent que Montréal doit être un succès. Un échec de la revue à moyen terme serait catastrophique pour la crédibilité du GATT et donc pour le multilatéralisme dans son ensemble. En même temps, il convient de ne pas susciter préalablement des attentes excessives, ce qui ne pourrait que provoquer la frustration de l'opinion publique (voir échec de la Conférence ministérielle du GATT en 1982). Le président Schomerus souligne la nécessité d'éviter toute "position extrémiste" (notamment en matière de propriété intellectuelle et d'agriculture). Le Secrétaire d'Etat Blankart insiste notamment sur la nécessité pour le GATT de disposer de règles adaptées à la situation actuelle et qui soient effectivement utilisées. Il saisit cette occasion pour rappeler les priorités suisses et réexpliquer notre attitude en matière d'agriculture.

Nouvelles économies industrialisées: Le CESS se penche en profondeur sur la situation des NICs ou des NIEs (nouvelles économies industrialisées) et reconnaît la dimension de coopération économique qui doit déterminer l'attitude et l'action des pays de l'OCDE. Un premier dialogue va être amorcé en janvier prochain dans le cadre d'un séminaire officieux avec la participation d'un certain nombre de NIEs asiatiques. A ce propos, toutes les délégations semblent maintenant avoir admis qu'un dialogue véritable suppose intérêt mutuel. Le CESS entend suivre le dossier des NICs ou NIEs de façon suivie, compte tenu des enjeux économiques en cause.

La prochaine réunion du CESS aura lieu les 28 février et 1er mars 1989.




Am 27. und 28. Oktober 1988 fanden im Pariser Klub Umschuldungen mit Mali (1. Umschuldung) und Madagaskar (6. Umschuldung) statt.

Diesen beiden Umschuldungen kam eine besondere Bedeutung zu, handelt es sich doch darum, erstmals die neuen konzessionellen Bedingungen des Pariser Klubs für die ärmsten und am höchsten verschuldeten Länder zur Anwendung zu bringen. Folgende drei, als gleichwertig erachtete Optionen standen den Gläubigern zur Auswahl:

- A: - Streichung eines Drittels der im Zeitraum der Umschuldung fällig werdenden Schuld (inkl. Rekonsolidierung früherer Fälligkeiten). Die verbleibende Schuld wird zu Marktzinsen verzinst. Die Rückzahlung erstreckt sich auf 14 Jahre, einschliesslich einer Freifrist von 8 Jahren.
- B: - Verzicht auf 3.5 Prozentpunkte des üblich geforderten Marktzins auf der fällig werdenden Schuld (inkl. Rekonsolidierung früherer Fälligkeiten) bzw. 50 Prozent des Marktzins, falls dieser Zinsabschlag weniger als 3.5 Prozentpunkte beträgt. Die Rückzahlung erstreckt sich auf 14 Jahre, einschliesslich einer Freifrist von 8 Jahren.
- C: - Forderung des marktüblichen Zinses, verbunden mit einer Rückzahlungsfrist von 25 Jahren einschliesslich einer Freifrist von 14 Jahren.

Die Wahl der Optionen steht den Ländern von Fall zu Fall offen. In den vorliegenden Fällen Mali und Madagaskar optierten Frankreich (als grösster Gläubiger) für Option A. Deutschland, Oesterreich, Kanada, Italien, Grossbritannien, Schweden und die Schweiz legten sich auf Option B fest, während die USA, Belgien, Spanien und die Niederlande Variante C wählten. Die die Schweiz betreffenden Beträge lagen für Mali bei 2 Mio. Dollar, für Madagaskar bei 1.2 Mio. Dollar. Im letzteren Falle handelt es sich ausschliesslich um die erneute Umschuldung bereits früher umgeschuldeter Forderungen.

Die schweizerische Delegation wurde von R. Jeker, Vizedirektor, Bundesamt für Aussenwirtschaft, geleitet.

  
(Muheim)

EIDGENOESSISCHES DEPARTEMENT FUER  
AUSWAERTIGE ANGELEGENHEITEN  
Presse- und Informationsdienst

Bern, den 15.11.1988

i.A.22.14.7.3.-CB/BMO

Interne Verteilerliste

CK 15. Nov. 88 12

Betrifft: IH 45/88

Departementsvorsteher		BRF
Dipl. Sekretär	Hr. Combernous	CD
pers. Mitarbeiter	Frau Hanselmann	
Generalsekretariat	Hr. Schaller	SRU
Politischer Direktor, Staatssekretär	Hr. Brunner	BRE
Sekretariat Staatssekretär	Hr. Barras	BF
Protokoll	Botschafter Barbey	BAC
Politisches Sekretariat	Botschafter Ramseyer	RY
Politischer Dokumentationsdienst, Kanzlei pol. Sekretariat		W 338
Politische Sonderfragen	Minister von Arx	AX
Finanz- und Wirtschaftsdienst	Minister Lautenberg Hr. Faivet	LA FB
Pol. Abteilung I	Botschafter Staehelin Hr. Pedotti	SIN PGF
Dienst Frankophonie	Hr. De Dardel	DJ
Europarat	Hr. Richard	RA
Pol. Abteilung II	Botschafter Ruegg Hr. Blickenstorfer	RUE BLI
Sektion f. kons. Schutz	Hr. Robert	RO
Auslandschweizersekretariat	Minister Fetscherin	FN
Fremde Interessen	Hr. Ghisler	GH
Direktion f. int. Organisationen	Botschafter Muheim Minister Erard Minister Gyger	MF ER GWB
Sektion Vereinte Nationen und intern. Organisationen	Hr. Hofer	HER

Sektion intern. wissenschaftliche Angelegenheiten	Hr. Creola	CRE
Sektion für intern. Umweltangelegenheiten	Hr. Schmid	SCW
Sektion f. kulturelle und UNESCO- Angelegenheiten	Hr. Luciri	LC
Sekretariat der nationalen schweiz. UNESCO-Kommission	Hr. Theurillat	TB
Direktion für Völkerrecht	Botschafter Krafft Minister Stettler Minister Godet	KT STR GT
Sektion Völkerrecht	Hr. Spinner	SPI
Sektion Entschädigungsabkommen	Hr. Bühler	BC
Sektion Staatsverträge	Hr. Rubin	RC
Sektion Landesgrenze- und Nachbarrecht	Hr. Dubois	DS
Sektion Verkehr Seeschiffahrtsamt Basel	Direktor Hulliger Stellvertr. Direktor Haenggi	HG
DVA	Botschafter Manz Frau Krieg	MA KRI
Sicherheitsbeauftragter	Hr. Iten	IT
Sektion Rekrutierung und Ausbildung des Personals Personalsektion	Hr. von Graffenried Hr. Kaiser/Hr. Reich	GRP KA/RE
Sektion Buchhaltung und Informatik	Hr. Savoye	SAV
D. f. verw. rechtl. Angelegenheiten	Hr. Doswald	DW
Sektion Bezüge und Zulagen Verwaltungsinspektorat	Hr. Trinkler Hr. Castelli	TK CS
Kuriersektion	Hr. Schweizer	SRJ
Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe Stellvertr. Direktor	Botschafter Staehelin Hr. Wilhelm	SFR WM
Delegierter für Katastrophenhilfe im Ausland Vizedirektor	Hr. Bill Hr. Giovannini Hr. Högger	BH GI HL
Informationsdienst Multilaterale Angelegenheiten Sektion human. Nahrungsmittelhilfe Integrationsbüro EDA/EVD	Hr. Leuzinger Hr. Pasquier Frau Schelling R. Minister Kellenberger	LP PA SGR Ke

CK 1 6 Nov. 88 12